



# BUNDESGERICHTSHOF

## BESCHLUSS

2 StR 309/15

vom

29. September 2015

in der Strafsache

gegen

wegen versuchter Nötigung

Der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat nach Anhörung des Generalbundesanwalts und des Beschwerdeführers am 29. September 2015 gemäß § 349 Abs. 4, § 357 StPO beschlossen:

Auf die Revision des Angeklagten wird das Urteil des Landgerichts Frankfurt am Main vom 17. März 2015, auch soweit es die Nichtrevidenten R. und C. betrifft, mit den Feststellungen aufgehoben.

Die Sache wird zu neuer Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Rechtsmittels, an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen.

Gründe:

1

Das Landgericht hat den Angeklagten wegen versuchter Nötigung zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu je zehn Euro verurteilt. Hiergegen richtet sich die auf die Sachrüge gestützte Revision des Angeklagten. Das Rechtsmittel hat Erfolg. Es führt auch zur Revisionserstreckung auf die Nichtrevidenten.

I.

2

1. Nach den Feststellungen des Landgerichts verdächtigte der Angeklagte den Geschädigten, ihm Haschisch im Wert von 30.000 bis 50.000 Euro

entwendet zu haben. Der Angeklagte bestellte den Geschädigten mehrmals zu sich, um ihn nach dem Verbleib der Drogen zu befragen. Der Geschädigte hatte Angst vor dem Angeklagten, der ihn am 27. April 2014 erneut in seine Wohnung bestellte. Der Geschädigte bat deshalb den Zeugen K. , ihn zu begleiten. Beide fuhren zur Wohnung des Angeklagten, der Zeuge K. wartete im Auto, während der Geschädigte die Wohnung des Angeklagten betrat. Dort wurde der Geschädigte vom Mitangeklagten C. auf einen Stuhl gedrückt. Der weitere Mitangeklagte R. fuchtelte mit einem Schlagring vor seinem Gesicht herum und fragte nach dem Verbleib des Rauschgifts. Der Angeklagte trug zu der Drohkulisse durch seine Anwesenheit bei.

3

Der Geschädigte stritt einen Rauschgiftdiebstahl ab. R. drohte damit, ihm die Zähne einzuschlagen. Außerdem wies er darauf hin, dass im Nebenzimmer „Männer aus Holland“ seien, die ihm die Hose herunterziehen und es „mit ihm treiben“ würden. Als der Geschädigte weiter bestritt, den Diebstahl begangen zu haben, gab ihm R. einen Schlag ins Gesicht; dadurch wurde seine Zahnspange verbogen.

4

Der Schlag ins Gesicht war mit dem Angeklagten nicht abgesprochen. Dieser brach die Befragung ab und erklärte dem Geschädigten, er solle einem Zeugen für die Wegnahme des Rauschgifts gegenübergestellt werden. Daraufhin verließen alle gemeinsam die Wohnung. Der Geschädigte und R. stiegen in das Fahrzeug des Geschädigten, in dem der Zeuge K. saß. Die beiden anderen benutzen ein weiteres Fahrzeug. Sie fuhren nach O. und hielten auf einem Parkplatz. Dort warteten sie vergeblich auf den Zeugen, mit welchem der Geschädigte konfrontiert werden sollte. Daraufhin wurde dem Geschädigten gesagt, er könne gehen.

5                   2. Das Landgericht hat das Verhalten des Angeklagten in der Wohnung  
als versuchte Nötigung beurteilt. Es hat ihm die Drohungen des Mitangeklagten  
R. zugerechnet. Der Angeklagte sei Mittäter, weil er das vorrangige Inte-  
resse an dem Nötigungsversuch gehabt und die Drohungen durch den Nichtre-  
videnten veranlasst habe. Durch seine Anwesenheit am Tatort habe er bewusst  
zur Verstärkung der Drohkulisse beigetragen. Die zusätzlich angeklagte Frei-  
heitsberaubung hat das Landgericht als verdrängt angesehen, weil sie aus-  
schließlich ein Mittel zur Begehung des Nötigungsversuchs gewesen sei. Den  
Schlag des Mitangeklagten in das Gesicht des Geschädigten hat das Landge-  
richt als Mittäterexzess behandelt.

6                   Auf das Verbringen des Geschädigten nach O.                   auf den Park-  
platz und die Ankündigung, er werde dort mit einer anderen Person konfrontiert  
werden, ist das Landgericht nicht eingegangen.

## II.

7                   Die Revision gegen dieses Urteil ist begründet.

8                   Das Landgericht hat nicht erörtert, ob ein Rücktritt des Angeklagten  
vom Versuch der Nötigung darin lag, dass er die Befragung abgebrochen hat.  
Ein Rücktritt wäre für die Mittäter durch bloßes Aufgeben der weiteren Tataus-  
führung möglich gewesen, wenn kein fehlgeschlagener Versuch vorgelegen  
hätte. Ein Versuch ist fehlgeschlagen, wenn der Täter nach der letzten Tathand-  
lung erkennt, dass mit den bereits eingesetzten oder den ihm sonst zur Verfü-  
gung stehenden Mitteln der erstrebte Taterfolg nicht mehr herbeigeführt werden  
kann, ohne dass er eine neue Handlungs- und Kausalkette in Gang setzt. Die  
subjektive Sicht des Täters ist auch dann maßgeblich, wenn der Versuch zwar

objektiv fehlgeschlagen ist, der Täter dies aber nicht erkennt (vgl. BGH, Beschluss vom 27. November 2014 - 3 StR 458/14, NStZ-RR 2015, 105).

9

Nach diesem Maßstab hätte sich das Landgericht mit dem Vorstellungsbild des Angeklagten auseinandersetzen müssen. Daran fehlt es hier.

10

Auch wenn für den Angeklagten eine Erhöhung des Nötigungsdrucks durch Gewaltanwendung und Verletzung des Geschädigten nicht in Betracht gekommen sein sollte, wäre beim Abbruch der Befragung in der Wohnung der Versuch der Nötigung noch nicht unbedingt fehlgeschlagen gewesen, zumal der Angeklagte die Möglichkeit einer erzwungenen Konfrontation des Geschädigten mit einem Dritten für erfolgversprechend hielt. Ob die bisherigen Drohungen dafür noch eine Rolle spielten oder weitere Drohungen vom Angeklagten in Betracht gezogen wurden, hat das Landgericht nicht erörtert. Ausführungen zu seinem Vorstellungsbild zur Zeit der letzten Ausführungshandlung der Tat fehlen im angefochtenen Urteil.

III.

11

Die Urteilsaufhebung ist gemäß § 357 StPO auf die Nichtrevidenten zu erstrecken. Soweit der Nichtrevident R. wegen versuchter Nötigung in Tateinheit mit Körperverletzung und der Nichtrevident C. wegen Beihilfe zur versuchten Nötigung verurteilt wurden, stellt sich die Frage eines Rücktritts vom Nötigungsversuch bei ihnen in gleicher Weise.

Appl

Eschelbach

Ott

Zeng

Bartel